

Zur polnischen Frage.

Ungarische Politiker über die Polenfrage.

Budapest, 10. November. (Privattelegramm.) In der Polenfrage liegen heute Meinungen mehrerer hervorragender ungarischer Politiker vor. Magnatenhaus-

mitglied Albert v. Berzeviczy erklärt in „Nz Est“: Der Anschluß des polnischen Gebietes in trialistischer Form an die Monarchie würde, wenn er auch weniger Gefahren als die südslawische Frage für uns brächte, jedenfalls mit dem Nachteil des Trialismus verbunden sein. Denn während wir es bisher mit einem Partner zu tun hatten, würden wir in Zukunft zwei Partnern gegenüberstehen und der Gefahr der Majorisierung ausgesetzt sein. Es ist zu bedauern, daß diese Frage jetzt aufs Tapet gebracht wurde, da einerseits die russischen, andererseits die italienischen Vorgänge uns dem Frieden viel näher gebracht hätten als jemals. Es ist zweifellos, daß, ob nun die russisch-polnischen Gebiete zur Monarchie oder zu Deutschland gehören sollen, jeder derartige Plan neue Gegensätze zwischen uns und den friedlich gesinnten Parteien Rußlands hervorrufen wird, die geeignet sind, das Kriegsende wieder hinauszuschieben.

Graf Michael Karolyi erklärt, die in Aussicht genommene Regelung der polnischen Frage erschwere die Friedensverhandlungen. Wir wünschen einen Verständigungsfrieden, und eben deshalb dürfen wir keine vollendete Tatsache schaffen und allein nicht solche Fragen regeln, die nur auf Grund eines gegenseitigen Uebereinkommens geregelt werden können. Auch vom staatsrechtlichen Standpunkt ist die Lösung keine glückliche, denn die Verhältnisse des polnischen Königthums haben eine starke Wirkung auf unsere staatsrechtliche Lage, und ich kann mir nicht vorstellen, daß der Monarch mit dem einen Staat in Personalunion und mit dem andern in der Realunion stehen könne. Abgesehen davon, hat Ungarn im Jahre 1867 den Ausgleich mit einem Oesterreich geschlossen, dem Galizien angehörte, und wenn Galizien nicht mehr zu Oesterreich gehört, dann besteht der Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn auch nicht mehr.

Im entgegengesetzten Sinne äußert sich Graf Julius Andrássy im „Magyar Hirlap“. Er erklärt, er sei von Kriegsbeginn an der Ueberzeugung gewesen, daß die Interessen Oesterreich-Ungarns, Europas und der polnischen Nation in gleicher Weise fordern, daß das polnische Königthum wiederhergestellt werde, und zwar in der Weise, daß Rußisch-Polen mit Galizien vereinigt als unabhängiger Staat einen selbständigen Teil der habsburgischen Monarchie bilde. Nun, da dieses Ziel der Verwirklichung näher denn je gekommen zu sein scheint, sei Graf Andrássy von aufrichtiger Freude erfüllt, und er betont, sofern die Verwirklichung gelingt, habe sich unser Minister des Aeußern geschichtliche Verdienste um die Dynastie und die Monarchie erworben. Bedauerndwert und von sehr schädlichem Eindruck in der ganzen Welt seien aber die Erscheinungen, die dieser Gedanke im österreichischen Parlament hervorrief. Eine Monarchie, die Furcht davor habe, daß ein Zwölf-Millionen-Volk sein Schicksal an das ihrige knüpfe, die Furcht davor habe, daß unter der Führung unsrer Dynastie eine geschichtliche Ungerechtigkeit wieder gutgemacht werde und eine ruhmreiche, auf große Ueberlieferungen blickende Nation wieder auflebe, deren Fehlen seit ihrer Aufteilung von der europäischen Gesellschaft ständig empfunden worden sei: eine solche Monarchie würde über sich selbst den Stab brechen. Er hoffe, daß die ungarische öffentliche Meinung mit einstimmiger Begeisterung den geschichtlich bedeutenden Augenblick des Wiedererwachens der polnischen Nation begrüßen werde.

Eine Rede des Abg. Ritter v. Waffilko.

Der Verband der ukrainischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten der Bukowina hielt gestern unter dem Vorsteher seines Obmannes Nikolaj Ritter v. Waffilko eine Beratung ab, in welcher Abg. v. Waffilko zum austro-polnischen Programm unter anderm folgendes erklärte: Die Veröffentlichungen des „Berliner Sozialanzeigers“, denen dann die Artikel in reichsdeutschen und Wiener Blättern folgten, verzeichnen eine zwischen dem Wiener und dem Berliner Auswärtigen Amte bereits geschaffene Tatsache, die sich nicht nur von dem Grundzuge eines annekstionslosen Friedens entfernte, sondern auch eine Amputation der österreichischen Reichshälfte und endlich ein Attentat auf den ukrainischen Teil Galiziens beinhalte.

Wer etwas genauer hinter die Kulissen der Berliner Zeitungstreiberei gerade gegenwärtig während der Kanzlerkrise blicken konnte, der weiß, wem zuliebe der „Sozialanzeiger“